

LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2014



Fotos: Tobias Kleinod, Berlin

Werner Plumpe, Wolfgang Clement, Andrea Rexer, Patrick Bernau, Christian Salewski

Am 15. Oktober 2014 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren Wolfgang Clement, Ministerpräsident a. D. und Bundesminister a. D., sowie Prof. Dr. Werner Plumpe, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die Förderpreise gingen an Patrick Bernau, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der Online-Redaktion bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, an Andrea Rexer, Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung, sowie an Christian Salewski, Gründer und Chefreporter von Follow the Money. Die Laudationes sprachen Roland Tichy, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, sowie Heike Göbel, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Laudationes

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Ich begrüße Sie herzlich im Namen des Vorstands der Ludwig-Erhard-Stiftung. Die unbestreitbare Popularität *Ludwig Erhards* führt leider häufig auch zu dem einen oder anderen Missverständnis, und so ist es schon zu einer teilweisen Enteignung seines Gedankenguts gekommen. Viele Leute berufen sich auf *Ludwig Erhard*, weil das so populär ist, schlachten Halbsätze aus und benutzen Sätze hinter dem Komma, um sie mit eigenen propagandistischen Inhalten zu verbinden. Zu dieser Enteignung gehört auch ein Dokumentarfilm jüngeren Datums, der durch die Randprogramme des öffentlich-rechtlichen Fernsehens geistert, und in dem suggeriert wird, das Wirtschaftswunder sei ganz selbstverständlich gekommen. Es sei gewissermaßen eine Art historische Notwendigkeit gewesen.

Trotz dieser Abwertung und Teilenteignung spüren wir in der Ludwig-Erhard-Stiftung eine steigende Nachfrage nach Antworten auf die Frage, was denn eigentlich die Soziale Marktwirtschaft sei und was man damit anfangen könne. Das ist ein Reflex auf die Tatsache, dass das Verteilen mit der großen Schöpfkelle den Suppentopf doch erstaunlich schnell leer kriegt. In diesem Sinne freue ich mich, heute mit Ihnen den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik zu vergeben.



Wolfgang Clement

Es ist mir ein großes Vergnügen, die Laudatio auf *Wolfgang Clement* halten zu dürfen. Ich habe mir dabei überlegt: Mit welchem Baum darf ich ihn denn vergleichen? Zeitgeistgemäß wäre eigentlich der Bambus: Er ist biegsam, elastisch, schnell wachsend, vielseitig und unwiderstehlich. Aber irgendwie hat mir das nicht so gut gefallen. Schließlich bin ich auf eine Metapher gestoßen, die nicht mehr so ganz zeitgemäß, aber in diesem Fall und um dieser Person willen angemessen ist. Schließlich geht es um einen Mann, der so unanfechtbar und knorrig ist wie die deutsche Eiche, die es nicht schert, wenn sich eine Sau an ihr schrubbt. *Wolfgang Clement* ist Jurist, Journalist, Politiker und Aufsichtsrat in einem Energieunternehmen. – Ich muss sagen, Herr *Clement*, ein wirklich doch unübersehbarer Abstieg in der Wertung von Berufen dieser Gesellschaft.

Gott sei Dank steht in vielen Fällen davor noch „Chef“, das macht die Sache erträglicher: Chefredakteur, Chef der Staatskanzlei, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und nicht nur Bundesminister, sondern „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit. In seiner Hand wurde damals zusammengeführt, was nachher wieder getrennt wurde, nämlich die Verantwortung für Ursache und Wirkung – also für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Da fragt man sich natürlich, warum diese Zusammenlegung, nachdem sie schon erfunden war, eigentlich keinen Bestand hatte? Ist es wirklich sinnvoll, die Gestaltung der Arbeitswelt von Wirtschaftsfragen abzukoppeln? Auch wenn es immer in der Institutionengeschichte der Bundesrepublik so war, muss es ja nicht so bleiben, dass der eine Minister fürs Geldverdienen und der andere fürs Geldausgeben verantwortlich ist.

Herr *Clement* wird oft als pragmatisch beschrieben. Auch das ist ein gefährliches Prädikat. Wir leben in einer Zeit, in der Glaubenstreu und das Mitschwimmen gefragt sind und nicht so sehr das Können. Womit hat *Wolfgang Clement* sich das verdient? Als Politiker in Nordrhein-Westfalen war er sehr früh zuständig für erneuerbare Energien und deren Ausbau, für Ausbildung und Arbeitsplätze, für Existenzgründungsförderung sowie für Medien und Telekommunikation. Er hat für niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose gekämpft und für den Flughafenbau. Das sind alles vernünftige Sachen, aber man spürt schon bei der Aufzählung, dass man sich damit nicht wirklich beliebt machen kann. Schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass sein Name untrennbar mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Koalition verbunden ist.

Daneben hat er für die Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes gekämpft. Und wenn wir abends oder samstagsmittags nicht mehr wie die Hasen rennen müssen, um das gelobte Land des Edeka betreten zu dürfen, dann haben wir es *Wolfgang Clement* zu verdanken, dass wir hier nicht mehr so gehetzt sind. Reform der Handwerksordnung, Abschaffung des Meisterzwangs – das alles muss gesagt werden, wenn man diesen Preis der Ludwig-Erhard-Stiftung vergibt.

Aber natürlich sind die damals so umstrittenen Hartz-Reformen das Zentrale. Gegen diese Reformen haben sich sehr bald landauf, landab Montagsdemonstrationen gebildet. Aber während andere sich wegduckten, bleibt die Eiche stehen und nennt die Montagsdemonstrationen eine Verfälschung der Geschichte. Damit hat *Wolfgang Clement* ja recht: Es ist einer der ganz großen propagandistischen Tricks – und das kann nur einer Gruppe von Menschen gelingen, die im Klassenkampf geschult sind und im neuen Mäntelchen herumtoben – dass Montagsdemonstrationen gegen die Macht über die DDR semantisch zum Kampf gegen Sozialreformen eingesetzt werden. Das war ja eine wüste politische Zeit, und es ist unbestritten, dass mit den Hartz-Reformen eine der wichtigsten Voraussetzungen geschaffen wurde für die Gesundung des damals kranken Mann Europas – dafür, dass die deutsche Wirtschaft gesunden und zu einer Verfassung zurückfinden konnte, die die heutige Stärke und das Selbstbewusstsein ausmachen.

Aber das fiel ja nicht vom Himmel, das wurde erkämpft. Und *Wolfgang Clement* kann kämpfen, und er kann austeilen. Er kämpfte zunächst für die Reformen und danach gegen ihre Verwässerung. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass die heutige Große Koalition das zurückdreht, was wir bejubeln. Es ist eben doch so, dass nicht bei allen der Verstand mit dem Amt des Arbeitsministers wächst. Die Revision der Reformen ist eine der gesellschaftlich teuersten Pirouetten der Sozialdemokratie.

Wolfgang Clement musste viel einstecken. Das trifft ihn umso mehr, weil er sich immer als Anwalt der kleinen Leute verstanden hat. Und weil er gerade auch in der eigenen Partei von vielen angegriffen wurde, für die der Dreischritt – Feind, Todfeind, Parteifreund – gilt. Bekanntlich gilt der ja nicht nur in der SPD. Das Besondere an der SPD ist aber, dass sie mit ihren eigenen Mitgliedern am brutalsten, geradezu gnadenlos umgeht. Und wenn man diese Partei kennt, weiß man, welche Einsamkeit und Kälte einen nach dem Austritt umgibt.

Aber nur ich darf jammern, denn das Jammern gehört nicht zu Herrn *Clements* Repertoire. Ehre, wem Ehre gebührt, er teilt aus, und „political correctness“ ist seine Sache nicht. Er kann schon holzen. Er ragt damit ein bisschen wie eine Art Urgestein in eine Landschaft, in der wir alles abflachen und schönreden und vom Politmarketing weichgespülte Formulierungen verwenden. Das ist nicht seine Sprache. Er benennt die Dinge und hängt der davonhuschenden Katze des Kompromisses die Schelle um.

Das ist ihm natürlich nicht gut bekommen. Das konnte ja nicht gutgehen, und das hätte er vorher wissen können. Vielleicht hat er es auch gewusst. Zwar bestreitet kaum jemand die positiven Wirkungen seiner Schaffenskraft, die ich hier gar nicht alle aufzählen kann. Aber mir ist aufgefallen, als ich mich auf den heutigen Tag vorbereitet habe, dass es einen nach wie vor ungeheuren Hass gibt, der *Wolfgang Clement* verfolgt. Das ist mir insbesondere beim Nachlesen

in Wikipedia aufgefallen, und es hat mich erschüttert. Das ist eine bösartige suggestive Häme, die da in nur schwer, aber doch angreifbaren Sätzen ausgeschüttet wird. Ich will mir daher hier die Zeit nehmen, um Sie darauf aufmerksam zu machen, was in diesem Land mit jemandem passieren kann, der für Reformen eintritt.

Ein langer Absatz gilt natürlich der Hartz-IV-Verteidigungsbroschüre von *Wolfgang Clement* mit dem Titel „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“. Die erste Frage ist, ob eine Broschüre, die ein Minister herausgibt, noch nach so vielen Jahren überhaupt gewürdigt werden muss. Anscheinend schon! Wir lesen heute noch, knapp zehn Jahre später, dass gegen ihn Strafanzeige gestellt wurde wegen übler Nachrede, Beleidigung, Volksverhetzung. „Was muss das für ein Mann sein?“, muss sich wohl einer fragen, der vielleicht historisch nicht so gebildet ist, wenn er solche Sätze liest. Wer hat diese Anzeige erstattet? Das war die WASG, diese Vereinigung aller westdeutschen Spinner und Genossen, die dann in der SED-Nachfolgepartei Die Linke aufgegangen ist. Derart sind also die Lexikoneinträge, die ihn verfolgen.

Und ebenso ausführlich wird über eine Welle der Entrüstung geschrieben, die nach einer Talkshow losbrach, an der *Wolfgang Clement* teilgenommen hat. Die Talkshows vergehen schnell, aber die Wikipedia-Einträge bleiben bestehen. Herr *Clement* hat damals die Zahl von 20 Prozent Sozialbetrug genannt. Ich gehe darauf ein, damit wir uns einmal damit auseinandersetzen: Was steht eigentlich in dem mittlerweile ja kollektiven Gedächtnis, zu dem Wikipedia angewachsen ist? Er habe indirekt Arbeitslose mit Parasiten verglichen. Schöne Wertung. Und als Gegenbeweis wird eine – natürlich – wissenschaftlich unangreifbare Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands angeführt. Wie wir alle wissen, ist das ja kein Wohlfahrtsverband, sondern ein Lobbyverband der Sozialindustrie.

Ich schildere das so ausführlich, weil ich zeigen will, was passiert, wenn man sich in diesem Land gegen das Paradigma auflehnt, dass die Bundesrepublik ein ungeheurer Unrechtsstaat ist: Es reichen ja 30 Prozent als Sozialbudget nicht. Und es ist eine unglaubliche Entwertung von Begriffen, die für *Ludwig Erhard* wichtig waren: Eigenverantwortung und Mitverantwortung jedes Einzelnen, der dazu beitragen muss, dass es ihm besser geht. Manchmal habe ich das Gefühl, es geht fast systematisch um die Ausweitung jener Bevölkerungsteile, die hilflos vom Sozialapparat abhängig sind. Wer sich dagegen stellt, lebt biographisch gefährlich. Und noch eine Nebenbemerkung: Irgendwann müssen wir doch über die Macht von Wikipedia nachdenken, denn die ist gewaltig. Wir brauchen auch ein Instrumentarium, um der Politik der Fälschung und historischen Denunzierung entgegenzutreten.

Nun ist jammern nicht die Sache von *Wolfgang Clement*, und wir werden seine Art der offenen Auseinandersetzung brauchen in einer Zeit, in der Konflikte und Sachverhalte nicht mehr als solche benannt werden dürfen, in der klare Worte schon zu unerlaubten Instrumenten geworden sind. Herr *Clement* ist ein Kämpfer für die Soziale Marktwirtschaft, das Erfolgsmodell für Wohlstand und Wachstum. Ich zitiere ihn mit den immer wieder von ihm eingeforderten Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialem Ausgleich. Er nimmt jeden Einzelnen in die Pflicht, und ich glaube, das ist unumgänglich. Er sagt: „Du musst durch eigene Bildung, durch eigenes Handeln versuchen, dein Leben zu gestalten, sonst wirst du gestaltet.“ *Wolfgang Clement* ist ein Gestalter. Dafür danken wir ihm.

Die Weisheit der Jury hat einen weiteren Preisträger ausgewählt, wie Sie wissen: *Werner Plumpe*, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität zu Frankfurt. Er ist ein Mann, der uns die Angst nimmt und uns sorgenvoll zurücklässt. Bei ihm ist die schlechte Nachricht, die Finanzkrise werde wiederkommen. Denn Wirtschaftskrisen zählen zu den wiederkehrenden, prägenden Ereignissen der Geschichte, schreibt er. Er macht uns keine Hoffnungen. Es gibt kein Entkommen. Die nächste Krise kommt bestimmt. Er versteht es als Dramatiker, die Geschichte als dramatische Entwicklung zu beschreiben, voller Spannung, und deswegen gibt es auch, damit wir nicht alle in völliger Depression sofort den Griffel hinlegen, eine gute Nachricht: Es hat schon schlimmere Krisen gegeben.



Werner Plumpe

Insofern begeben wir uns eigentlich, wenn wir über Krisen schreiben, meistens in einen Erregungszustand, der dem Sachverhalt nicht angemessen ist. Ich habe heute in einer großen Tageszeitung gelesen, dass uns Bundeswirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* davor warnt, in Panik zu verfallen, weil die Wachstumsraten um etwa 0,5 Prozentpunkte gefallen sind. Da sieht man es also: Wir drohen bereits in Angst und Schrecken versetzt zu werden, wenn sich das Wachstum des höchsten Luxus, der in dieser Gesellschaft historisch wahrscheinlich jemals möglich gewesen ist, um einen halben Prozentpunkt reduziert – und dabei ist noch gar nicht vom Hergeben die Rede!

Früher – so lehrt er uns – waren es vor allem Agrar- und Ernährungskrisen – was für ein harmloses Wort! Und ehrlich gesagt, das waren ja Hunger, Not und Tod. Was ist eigentlich in der Finanzkrise passiert? Das Bruttoinlandsprodukt schrumpft um fünf Prozent, und wir wenden uns mit Schauern ab. Man merkt bei Professor *Plumpe* immer, der lange Atem der Geschichte weht uns an. Er ist einer jener Wissenschaftler, die uns dadurch aufregen, indem sie uns beruhigen, statt ihr Material zur Steigerung der Aufregung zu verwenden. Er ist einer, der den Schrecken an die Wand malt, um uns zu sagen: „Stay cool Baby, es geht weiter!“ Und deswegen habe ich noch einmal nachgeschlagen: Die Wirtschaftskrise der 1920er Jahre hat uns rund 35 Prozent der Wirtschaftsleistung gekostet. Leute, es geht uns noch gut, keine Panik!

Aber *Plumpes* Beruhigungspillen haben Nebenwirkungen, denn sie regen zum Denken an. Wenn sich Krisen ständig wiederholen, was können wir aus der Behandlung von Krisen lernen? Ganz im Sinne *Niklas Luhmanns* formuliert er, komplexe Systeme ließen sich nicht wirklich steuern. Das ist die Sorge, mit der er uns zurücklässt. Das ist nun wieder eine schlechte Nachricht, denn damit schließt sich der Kreis: Es geht also allen Beteuerungen der Politik zum Trotz früher oder später doch wieder los mit dem Krisengewese. Die Allmachtsphantasie der Politik – das zeigt er uns – bewirkt bloß, dass es zu einer gewissen Veränderung des Paradigmas kommt, aber nicht zur Krisenbewältigung. Im jüngsten Fall sieht er das Vordringen des Staates als Krisenfolge, aber auch als Krisenverursachung, denn der Staat will uns vor den Risiken des Kapitalismus schützen, koste es, was es wolle.

Der Kapitalismus hat viele Gesichter. Es gibt den Raubtierkapitalismus, den Manchesterkapitalismus, den Finanzkapitalismus, neuerdings weckt der jüdische Kapitalismus wieder Befürchtungen. Es gibt den Neoliberalismus – ganz schlimm! –, und es gibt neuerdings, so habe ich gelernt, den Silicon-Valley-Kapitalismus. Wir haben also ganz viele verschiedene Formen des Kapitalismus in einer Zeit, in der wir noch nie so wenig Kapitalismus hatten. Und das kostet uns viel, denn er entwirft eine Art Schweinezyklus der Krisen. Die eine Krisenbekämpfung löst die nächste Krise aus. Und wenn wir uns zurücklehnen, und das können wir mit Professor *Plumpes* gut geschriebenen Büchern, dann sind viele dieser Krisen eigentlich gar keine Krisen. Sie sind allenfalls Ausdruck von Strukturwandel. Natürlich muss im Strukturwandel das eine oder andere verschwinden, und Finanzmärkte nehmen meist etwas vorweg. Sie übertreiben gelegentlich schamlos, aber wer kennt schon das richtige Maß? Im Umkehrschluss gilt: Wer nichts wagt, wird nichts gewinnen, und wer nicht spekuliert, wird auch nichts gewinnen, auch nicht volkswirtschaftlich. Eine wirklich positive ökonomische Entwicklung gibt es nur, wenn wir Produktivkräfte freisetzen.

Gerade da sieht *Plumpe* es aber in Europa – anders als in den USA – als Fehler an, dass wir die Produktivkräfte eher eingrenzen als freisetzen. Wirtschaftliche Freiheit, auch das Risiko des Scheiterns, ist eben doch die Voraussetzung dafür, dass damit der Wohlstand für alle wachsen kann. Wirtschaft – so weit geht er, und *Ludwig Erhard* stößt gewissermaßen vor Freude eine besonders dicke Zigarrenqualmwolke aus – ist kein planbarer Vorgang. Es klingt defensiv, es muss doch einfach möglich sein. Ja, es ist möglich, eine Wirtschaft zu führen, die geplant ist und die sich nicht im Zyklus zwischen Boom und Baisse bewegt. Allerdings ist es dann eine Wirtschaft, die auf Fortschritt und Wandel verzichtet.

Alles was Fortschritt ist, ist unberechenbar. Jeder Wandel beinhaltet das Risiko des Scheiterns. Wer vor 150 Jahren in Eisenbahnaktien investierte, musste verückt sein, oder schlimmer: Er war ein Spekulant. Nicht jeder hat gewonnen, viele haben verloren. Wer auf solche Krisen verzichtet will, verzichtet auf Innovation. Nur das Leichentuch der Planwirtschaft bewegt sich nicht mehr. Wollen

wir das? Hoffnungen, Enttäuschungen, Übertreibungen – all dies ist eigentlich ein Normalfall. Und wir müssen es uns bloß immer wieder vorhalten.

Professor *Plumpe* nimmt uns die Angst und lässt uns mit einer schlimmen Sorge zurück: Krisen haben nichts Gutes, aber sie sind der Preis des Fortschritts. Und die größte Sorge ist, dass wir aus Angst vor dem Tod kurzerhand Selbstmord begehen könnten. Angst vor der Krise kann uns in einen Status quo hinein regulieren, in den Zustand eines eingefrorenen, verwaltenden, nur noch teilenden und zuteilenden Staates. Aber nun sind wir heute hier, damit uns genau das nicht passiert. Und deswegen zeichnen wir Sie, Herr Professor *Plumpe*, aus und applaudieren Ihnen. Wir werden Sie immer unterstützen und jeden Tag lesen, wenn uns die Angst zu übermannen droht.

Heike Göbel

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Ich freue mich natürlich sehr, dass wir die Ludwig-Erhard-Preise in diesem Jahr im Haus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Berlin verleihen, und auch ich heiße Sie ganz herzlich willkommen. Hinter uns sehen Sie die gesammelten Ausgaben der Zeitung, die in diesem Jahr 65 Jahre alt wird. In ihren Anfängen ist diese Zeitung dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, *Ludwig Erhard*, beigeprungen in seiner Auseinandersetzung mit der Wirtschaft um ein scharfes Kartellgesetz. Über die Jahrzehnte hat insbesondere der Wirtschaftsteil dieser Zeitung stets für die Idee des freien Wettbewerbs gestritten. Die Mitarbeiter haben versucht, in ihren Beiträgen herauszuarbeiten, wie sich das Funktionieren des Marktes verbessern lässt. Und sie haben versucht,

gegenzuhalten gegen einen unkritischen Optimismus, der Staat werde es im Zweifel schon richten.

Die Soziale Marktwirtschaft hat in diesem Land trotz ihrer unbestrittenen Erfolge zu viele Skeptiker und Gegner. Das Perfide: Mittlerweile gerieren sich diese Skeptiker und Gegner gern als Anwälte der Sozialen Marktwirtschaft, sie deuten den Begriff um. Der Markt ist ihnen grundsätzlich suspekt, weshalb sie die Rolle des Staates als Rahmengeber überdehnen. Sozial ist ihnen allein das durch Steuern und Abgaben finanzierte soziale Netz. Dass auch der Markt als solcher „sozial“ ist, indem er Leistung und Ideen belohnt ohne Ansehen der Herkunft seiner Teilnehmer, indem er Macht beschränkt, wollen sie nicht sehen.

Was es dazu zu sagen gibt, hat *Hans Barbier*, mein früherer Chef bei der Frankfurter Allgemeinen und bis Ende 2013 der Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, einmal in einem Leitartikel auf den Punkt gebracht: „Die Soziale Marktwirtschaft, wie *Erhard* sie meinte, ergibt sich nicht aus der Addition von freier Wettbewerbswirtschaft und kollektiven Fürsorgeeinrichtungen als normaler Form der Daseinsvorsorge. *Erhards* Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft als ‚Gesamtordnung‘ bedeutet, dass in einer Marktwirtschaft die korrigierende oder heilende Sozialpolitik Stück für Stück überflüssig wird: Marktwirtschaft führt zum Wohlstand für alle, daher kann sich die Sozialpolitik auf die Alimentation der vergleichsweise kleinen Zahl wirklich Schwacher beschränken. Insofern wird bei *Erhard* die Freiheit zum Sozialprogramm.“

Umso gespannter bin ich als Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik jedes Mal wieder auf die Bewerbungen der Nachwuchsjournalisten und Wissenschaftler. Wie setzen sich die jungen Kollegen mit der Marktwirtschaft auseinander? Welche Themen interessieren sie besonders? Hier geht es übrigens nicht um Heldenverehrung, Marktanbetung oder darum, möglichst oft das Wort „Ordnungspolitik“ zu buchstabieren. Die Jury sucht nach Beiträgen, die im Geiste des Preisstifters dazu beitragen, das Verständnis für die Spielregeln und Gesetze einer Marktwirtschaft zu fördern und diese dadurch verbessern helfen. Gesucht werden Beiträge, die sich mit der schwierigen Frage auseinandersetzen, wo die Grenze zwischen Staat und Markt heute verlaufen sollte. Zum Glück sind wir auch diesmal wieder fündig geworden bei drei jungen Journalistinnen und Journalisten. Beginnen wir alphabetisch:



Patrick Bernau

Den Förderpreis verdient hat *Patrick Bernau*, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der Online-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Bei Herrn *Bernau* verbinden sich exzellente wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und das Interesse an Ordnungspolitik mit der Fähigkeit, die Knackpunkte aktueller wirtschaftspolitischer Debatten allgemeinverständlich aufzubereiten. *Bernau* bezieht gerne Stellung, er spitzt zu, bis zur Provokation, aber immer auf sachlichem Fundament. Seine Analysen umfassen ein ungewöhnlich breites Themenspektrum. Den Armutsbericht der Bundesregierung klopft er auf Stringenz

ab. Er erläutert die Risiken der lockeren Geldpolitik und erklärt, welche Monopolfahren von den Netzgiganten ausgehen können.

Ein kleines Beispiel zur Frage, wie eine Regulierung aussehen könnte für natürliche Monopole, zu denen sich Google oder Facebook mittlerweile zu entwickeln scheinen, was ihnen einen womöglich uneinholbaren Vorsprung im Wettbewerb verschafft. *Bernau* geht es um eine Regulierung, die darauf zielt, den Marktzugang für Konkurrenten zu ermöglichen, ohne den Fortschritt und die Innovationskraft der Branche insgesamt zu behindern.

Sein Vorschlag: „Was wäre, wenn die Nutzer ihre Daten einpacken und zu einem Konkurrenten mitnehmen könnten? Bisher bietet Facebook schon alle Daten zum Herunterladen an – aber die kommen als tausendseitige PDF-Datei, mit dem kein anderes soziales Netzwerk etwas anfangen kann. Könnten die Bürger aber ihre Freundeslisten und Vorlieben von Facebook zum Herausforderer mitnehmen, dann hätte das neue „Ello“ plötzlich ganz andere Startchancen. Googles Herausforderer würden stärker, wenn sie die Suchhistorie ihrer neuen Nutzer einsehen könnten. Und wenn die Konkurrenten wieder eine Chance hätten – dann hätten auch die Nutzer wieder die Wahl. Und die Macht.“ Das ist eine Idee, die der Diskussion lohnt und helfen könnte, den Wettbewerb zu sichern.

Einen weiteren Förderpreis hat *Andrea Rexer* verdient. Sie ist Wirtschaftskorrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* und leitet das Büro am Finanzplatz Frankfurt. Sie fällt auf mit sehr verständlichen Analysen auch komplizierter geldpolitischer oder finanzmarktorientierter Themen. Damit baut sie einer breiten Leserschaft eine Brücke in dieses für das Verständnis der Finanzkrise sowie der Euro-Schuldenkrise ebenso wichtige wie sperrige Feld. So widmet sich einer der prämierten Beiträge der sperrigen Frage, ob ein Trennbankensystem die Bankenwelt wohl stabiler machen würde. Frau *Rexer* geht offen an die Themen heran, zeichnet ein differenziertes Bild und bereitet dabei auch noch großes Lesevergnügen. Das ermöglicht ihren Lesern, sich fundiert eine eigene Meinung zu bilden.



Andrea Rexer

Ein Beispiel aus einem der eingereichten Beiträge, das zeigt, wie es ihr gelingt, den Leser überhaupt in die schwierige Materie zu ziehen: „Die Finanzkrise hat die Bürger erzürnt. Sie mussten mit Steuergeld einspringen, um eine Branche zu retten, die jahrelang in Saus und Braus gelebt hat. Und kaum eine Botschaft ist leichter zu verstehen, als die Botschaft der Axt: Die Politik macht die Banken klein, indem sie das böse Investmentbanking vom braven Kundengeschäft trennt oder in separate Einheiten unter einem Dach aufspaltet. Dann können in der nächsten Krise die Zocker pleitegehen, und die normalen Sparer und Steuerzahler müssen dafür nicht mehr bluten. Das ist die Theorie. Doch hält sie der Praxis stand? Welche Konsequenzen haben die verschiedenen Vorschläge für die reale Wirtschaft? Würde ein Trennbankensystem unsere Finanzwelt

sicherer machen?“ Am Ende der Lektüre weiß der Leser dann, warum einfache Lösungen hier nicht taugen und dass alle Wege Vor- und Nachteile haben. Er kann der politischen Debatte von nun an gut folgen und lässt sich nicht einlullen von falschen Versprechen. Das ist schon viel, denn gute Wirtschaftspolitik besteht eben oft auch im mühsamen Vorantasten auf dem Weg der Second-best-Lösungen.



Christian Salewski

Christian Salewski, unser dritter Preisträger, arbeitet als freier Journalist in Hamburg. Der studierte Politologe beliefert Magazine wie *Capital* oder *Impulse*, auch *Der Spiegel* und *Die Zeit* greifen auf ihn zurück. *Salewski* bevorzugt Reportagen, die einen investigativen und sehr analytischen Charakter haben. Er gräbt dabei ziemlich tief, wie man an den beiden Beiträgen zur aktuellen Freihandelsdebatte sehen kann, mit denen er die Jury des Ludwig-Erhard-Preises von seinen Qualitäten überzeugt hat. So hat Herr *Salewski* den mit Handelsbarrieren gepflasterten Weg eines Steaks aus Nebraska nach Deutschland verfolgt, dazu umgekehrt den Weg eines deutschen Golfs nach Manhattan.

Der Leser erfährt: Der deutsche Golf braucht für Amerika einen Airbag, der beim Crash auch Insassen schützt, die nicht angeschnallt sind. Der Seitenspiegel darf nicht einklappbar sei, die Blinker müssen rot statt gelb sein, selbst die Heckklappen sind anders geformt, wegen der Kennzeichen. Das Steak wiederum fürchten die Europäer, weil es von hormonbehandelten Rindern kommt. Doch selbst amerikanische Landwirte, die auf wachstumsfördernde Hormone verzichten, haben es schwer, vor den europäischen Behörden den Nachweis zu führen.

Salewski lässt einen von ihnen zu Wort kommen. Das liest sich dann so: „Einmal hatte ich mit Bleistift eine Karte von meiner Ranch gezeichnet. Sie [die Behörden] wollten, dass ich die Zeichnung noch einmal mit Tinte anfertige. Mehr noch: In Nebraska gibt es extra EU-Schlachtwochen. Dazu muss der Landwirt seine Tiere in eins von neun Schlachthäusern in den USA fahren, die für die EU produzieren dürfen.“ Für einen weiteren Beitrag hat *Salewski* dann noch bei Mittelständlern recherchiert, welche Handelshemmnisse ihnen beim Verkauf in die Vereinigten Staaten das Leben schwer machen.

Am Ende fühlt sich der Leser nicht nur gut unterhalten, er hat auch an vielen sehr plastischen Beispielen gelernt, warum das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP dringlich ist. Er sieht den beiderseitigen Nutzen besser, als wenn er nur Prognosen von Forschungsinstituten bekommt. Zugleich ahnt er jetzt aber auch, welche enormen politischen Schwierigkeiten auf beiden Seiten zu überwinden sind, wenn die Handelshemmnisse tatsächlich fallen sollen.

Das sind drei Preisträger im Geiste *Ludwig Erhards*. Denn sie helfen mit ihren Texten, die Funktionsweise der Marktwirtschaft anhand heutiger Probleme und Fragestellungen zu verstehen. Herzlichen Glückwunsch!

Wer Bewahrenswertes bewahren will, muss bereit sein, vieles zu ändern

Wolfgang Clement

Ministerpräsident a. D. und Bundesminister a. D.

Es ist in meiner Wahrnehmung so, dass bisherige, sehr wohl auch allgemein respektierte Grenzen des Staatshandelns eben nicht mehr respektiert, ja auch direkt ignoriert werden. Der Staat dringt immer weiter in die private, in die unternehmerische Sphäre vor.

Ich danke Ihnen, Herr *Tichy*, als Vorstandsvorsitzendem der Ludwig-Erhard-Stiftung, und Ihnen, Frau *Göbel*, sowie der Jury, der Sie angehören, für diese Auszeichnung, über die ich mich von Herzen freue.

Sie haben Recht, Herr *Tichy*, es waren wirklich spannende Zeiten, als hier in Berlin Reformpolitik stattfand. Und es war ja auch gut, dass die Politik sich – wenn auch nur kurzzeitig – einmal zu der Erkenntnis durchrang, dass Wirtschaft und Arbeit zusammengehören.

Ich empfinde es als Ehre, mit einem Preis ausgezeichnet zu werden, der auf *Ludwig Erhard* zurückgeht und der bisher zwei meiner Vorgänger im Amt des Bundeswirtschaftsministers, nämlich *Karl Schiller* und *Otto Graf Lambsdorff*, auszeichnete.

Ich beginne mit einem Geständnis, indem ich einräume, dass ich als ein von der Industriegeschichte des Ruhrgebiets geprägter Mensch erst Schritt für Schritt auf den Pfad dieses für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes so bedeutsamen Politikmodells gelangt bin – dafür aber, was nicht zuletzt im Ringen um die Agenda 2010 und die damit verbundenen Arbeitsmarktreformen deutlich wurde, umso bewusster und wohl auch umso prinzipieller.

Vertrauensverluste nach den Krisen

Die Soziale Marktwirtschaft gehört zur Grundordnung unseres Landes – und übrigens auch Europas, wie sich aus etwas bescheidenen Formulierungen im Lissabon-Vertragswerk ergibt. Aber klar und deutlich steht es jedenfalls seit Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Vertrag zur deutschen Einheit, an dessen Zustandekommen ich seinerzeit als einer der Vertreter der Länder teilnehmen durfte. Und das ist auch gut so, dass es damals dort so hineingeschrieben worden ist. Die Deutschen-West wollten damals ihre Soziale Marktwirtschaft behalten. Und die Deutschen-Ost wollten sie unbedingt erhalten. – Heute, ein Vierteljahrhundert später, ist das, wenn man einschlägigen Ergebnissen der Meinungsforschung glauben darf, nicht mehr gar so sicher.

Und das hat natürlich Gründe. Sie haben vermutlich mit dem zu tun, was die globale Finanzkrise und die spezifische europäische Staats- und Bankenschuldenkrise angerichtet haben. Diese Krisen in ihren verschiedenen Ausprägungen und die mit ihnen zum Vorschein kommenden Exzesse institutionellen und persönlichen Fehlverhaltens – mit größten Verstößen gegen die Grundbedingungen fairen Geschäftsgebarens sowie des Anstands, der Selbstdisziplin und des Maßhaltens – haben, so war und ist anzunehmen, einen allgemeinen großen Vertrauensverlust bewirkt – zuallererst natürlich in die Kreditwirtschaft und ihre Manager. Aber durchaus auch in „die Politik“ und in „die Wirtschaft“. Und in deren Gefolge wohl auch in die Soziale Marktwirtschaft beziehungsweise in das, was im Gedränge gelegentlich recht oberflächlicher Befragungen darunter verstanden wird.

Keine Frage, es war zwingend und im Sinne marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik, dass die G20 und die Staats- und Regierungschefs der Euro-Region auf jene Krisen mit der Entwicklung einer umfassenden Regulierungsstruktur reagiert haben. Dieser Prozess, der zum Ziel hat, die buchstäblich außer Kontrolle geratenen Kapitalmärkte zu bändigen, ist bis heute nicht abgeschlossen. Es galt und gilt immer noch, ganz generell gesprochen,

- die durch die überbordende Verschuldung von Staaten und von Kreditinstituten fraglich gestellte Währungsstabilität wieder sicherzustellen,
- die Kreditwirtschaft wieder in eine dienende Funktion für die Realwirtschaft zurückzuführen, und
- der Verantwortung für freies wirtschaftliches Handeln durch die Zusammenführung von Chance, Risiko und Haftung wieder Geltung zu verschaffen.

Staatsgläubigkeit mit kritischen Nebenwirkungen

Wer momentan auf die gegebene Lage der öffentlichen Haushalte und die manchmal kaum verrückbar scheinenden wirtschaftlichen Strukturen – und insbesondere die des Arbeitsmarktes – namentlich in Frankreich oder Italien schaut oder sich vor Augen hält, dass die Welt der „Schatten-Banken“ bisher beinahe gänzlich unreguliert geblieben ist, der wird zustimmen: Es bleibt auf diesem Feld global wie europäisch noch einiges zu ackern! Und das Wesentliche davon ist Aufgabe der Politik – und nicht der Europäischen Zentralbank, die nicht dauerhaft als eine Art Politik-Ersatz fungieren sollte!

Die Bereitschaft der Politik und deren, wenn auch oft recht zögerliche Herangehensweise an die Fehlentwicklungen auf den Kapitalmärkten und eine damit einhergehende, hierzulande offensichtlich immer noch wirkmächtige Staatsgläubigkeit haben allerdings äußerst kritische „Nebenwirkungen“ verursacht. Sie äußern sich nach meiner Beobachtung in einer wachsenden, ja geradezu wuchernden Neigung der deutschen wie der europäischen Politik zur Regulierung gerade auf solchen Feldern, auf denen Staatshandeln eben nicht erforderlich ist, oftmals ausgesprochen schädlich sein und negative Folgen auslösen kann. Diese Regulierungseuphorie ist hier und da ideologisch geprägt, verhaltensökonomisch begründet oder entspringt schlicht administrativ-bürokratischer Denkungsart. Sie führt jedenfalls mehr und mehr zu einer immer enger werdenden Verrechtlichung der bürgerlichen wie namentlich der unternehmerischen Freiheitsrechte. Es ist in meiner Wahrnehmung so, dass bisherige, sehr wohl auch allgemein respektierte Grenzen des Staatshandelns eben nicht mehr respektiert, ja auch direkt ignoriert werden. Der Staat dringt immer weiter in die private, in die unternehmerische Sphäre vor.

Es will deshalb ganz klar gesagt sein: Diese Entwicklung stellt unsere Soziale Marktwirtschaft auf die Probe. Denn zu deren Prinzipien gehören ja neben der Sicherung der Geldwertstabilität durch eine unabhängige Notenbank zuvörderst der freie Wettbewerb und ein funktionsfähiges Preissystem, der offene Marktzugang für jedermann, das Privateigentum und die Koalitions- und Vertragsfreiheit sowie die Verlässlichkeit und die Nachhaltigkeit, das heißt Generationengerechtigkeit politischer Entscheidungen.

Wer sich diesen Katalog in Erinnerung ruft, dem steht unweigerlich vor Augen, wie weit sich die derzeitige, besonders große „Große Koalition“ mit dem gesetzlichen Mindestlohn, mit der „Mütterrente“ wie mit der „Rente ab 63“ wie mit der „Mietpreisbremse“ und insbesondere – dies unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Vorgängerregierung – mit der „Energiewende“ vom Denken und Handeln in marktwirtschaftlichen Kategorien entfernt hat.

De-Industrialisierung als Folge der Energiewende

Diese Energiewende ist mittlerweile, was absehbar war, zu einer komplett staatswirtschaftlichen Veranstaltung geworden, an deren Beginn ein enteignungsgleicher Eingriff in das Eigentum von Stromlieferanten stand, und die sich bis heute zu einer Regulierungs- und Subventionsmaschinerie bis dato in Westdeutschland nie dagewesenen Ausmaßes entwickelt hat, welche nun immer weitere Interventions- und Subventionstatbestände gebiert.

Die damit in Gang gesetzte Preisspirale und mehr noch die nicht mehr gegebene Verlässlichkeit der energiepolitischen Rechtslage gefährden längst einen der wichtigsten Motoren unserer – noch – gegebenen Wirtschaftskraft, nämlich die Industrie. Es gibt schon seit geraumer Zeit keine einzige größere Investition aus dem Bereich der energieintensiven Industrie mehr in Deutschland, die meisten gingen und gehen stattdessen in die USA. So sieht De-Industrialisierung aus!

Ich bin überzeugt: Eine nationale Energiewende im gemeinsamen Europa ist schon energierechtlich, aber erst recht faktisch halsbrecherisch. Das erleben wir jetzt. Den Ausweg bietet ein funktionsfähiges europäisches Emissionshandelssystem – das ist wirklich marktwirtschaftlich –, und zwar möglichst Hand in Hand mit einem raschen, privat finanzierten europäischen Leitungsnetz. Das wäre wirklich ein Wachstumsprogramm und mit abgestimmter Regulierung der erneuerbaren Energien, das heißt mit Subventionen in Forschung und Entwicklung, statt mit Dauersubventionen in sämtliche erneuerbaren Energien.

Tarifpolitik vor der Verstaatlichung?

Um hier jetzt nur den gesetzlichen Mindestlohn herauszugreifen: Der Gesetzgeber gehört nicht in die Lohnfindung. Das war bisher eine in unserem Land eisern beachtete Regel. Und die hat sich ausgezahlt. Dass Deutschland die globale Finanzkrise nebst Folgewirkungen recht gut überstanden und seine Wettbewerbsfähigkeit über alle ökonomischen Verwerfungen des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts zurückgewonnen hat – anders als alle derzeitigen „Krisenländer“ der EU –, das war und ist vor allem dem verantwortlichen Handeln der Tarifparteien und auch den damit geförderten betrieblichen Bündnissen zu danken. Und deshalb sage ich an die Adresse all derer, die den Gesetzgeber jetzt eingeladen haben: Haltet die Politik da heraus, haltet sie wenigstens künftig da heraus! Und seid Euch bewusst: Wo immer der Gesetzgeber zu Gast gebeten wird, da breitet er sich nur allzu gern aus. Da wird er schnell zum Dauergast!

Und er ist bereits dabei. So hat die Politik ihren Einflussbereich schon dadurch über den gesetzlichen Mindestlohn hinaus erweitert, dass sie sich auch das Recht zugeschrieben hat, Tarifverträge gewissermaßen „von oben“ auf Unternehmen auszuweiten, die keinem Tarifverband angehören.

Und nur ganz nebenbei gesagt: Wenn die Deutsche Bahn in diesen Tagen im Tarifstreit mit der wahrhaft renitenten Lokführergewerkschaft den Gesetzgeber zu Hilfe ruft, um diese Spartengewerkschaft per politische Order an die Kette legen zu lassen, statt eigenverantwortlich alle ihr gegebenen tatsächlichen und auch rechtlichen Handlungsmöglichkeiten auszureizen, so kann das allenfalls auf den ersten Blick einleuchten. Ein großes Unternehmen, das in einem Tarifstreit nach dem Gesetzgeber ruft, ist alles andere als ein starkes Unternehmen. Es politisiert sich selbst. Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit aber gilt – und es muss auch gelten –, aber es ist dabei keineswegs ein Freibrief für Arbeitskämpfe, die dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auf das Größte zuwiderlaufen. Deshalb sollten sich die großen Gewerkschaften fragen, ob es in ihrem Sinn ist, wenn der Gesetzgeber den Taktstock im Tarifgeschehen übernimmt.

Drohende Rückschritte in der Arbeitsmarktpolitik

Aber ganz abgesehen von diesem tarifpolitischen Spezifikum: Die amtierende Bundesregierung ist derweil schon wieder dabei, ihre im Koalitionsvertrag durchbuchstabierte Regulierungsliste weiter abzuarbeiten. Nach knapp einem Jahrzehnt des europaweit beneideten Fortschritts am deutschen Arbeitsmarkt soll es jetzt wieder in die entgegengesetzte Richtung gehen: mit dem gesetzlichen Mindestlohn zulasten der Tariffreiheit und mit der Regulierung des „Fremdpersonaleinsatzes“ – wie es in der Rechtssprache befremdlich heißt – zulasten unternehmerischer Handlungsspielräume. Wir stehen, wenn nicht noch Vernunft einzieht, vor einer ziemlich umfassenden Re-Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen, und es drohen neue, zusätzliche Regulierungen von Teilzeit-, Familien-, Pflege- und vielleicht auch Stressarbeit, und all diese und absehbare weitere Normen und Normierungen wie ein „Elterngeld plus“ würden – wenn sie so kämen wie zuständige Minister beziehungsweise Ministerinnen schon angekündigten – den unternehmerischen Entscheidungsspielraum empfindlich einengen.

Das Verrückte an dieser Situation ist, dass die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die wir seinerzeit realisierten, natürlich dazu dienen sollte und tatsächlich auch half, vor allem ungelerten oder schwach qualifizierten Arbeitnehmern einen Zugang in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Das ist nicht grandios gelungen, aber Schritt für Schritt hat sich die Lage sogar der Langzeitarbeitslosen etwas gebessert. Noch längst nicht zureichend – aber sie hat sich verbessert.

Doch heute gibt es noch weniger Helferjobs als damals, und deren Zahl wird weiter abnehmen. Wenn deshalb jetzt die Zeitarbeit wieder enger geschnürt und reguliert werden soll – und zwar per Gesetz und damit über die eben zustande gekommenen tarifvertraglichen Vereinbarungen hinaus (equal pay spätestens nach neun Monaten bei einem Kunden, und zwar verbunden mit der

Übernahme in einen unbefristeten Job) –, dann ist absehbar: Es werden künftig noch weniger Helferjobs und damit noch weniger Einstiegsmöglichkeiten für Nicht- oder Schwach-Qualifizierte in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen als bisher.

Selbständigkeit als Ausdruck von Eigenverantwortung

Gleichzeitig ist aber ein ganz anderer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Trend unverkennbar: Es ist der Trend zu mehr beruflicher Selbständigkeit und auch Freiberuflichkeit, es ist der Wunsch nach einer neuen Balance zwischen Beruf und Familie oder zwischen Beruf, Verdienst und Freizeit; der Wunsch nach beruflichen Veränderungsmöglichkeiten, nach neuen beruflichen Perspektiven und Herausforderungen, nach neuen Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Festanstellungen. Aus meiner Wahrnehmung entspringt dies einer sich wieder verstärkenden Neigung zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung – zwei Grundprinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft.

Ich meine deshalb: Wir sollten diese Tendenzen, die ja gerade von beruflich qualifizierten Menschen getragen und formuliert werden, sehr ernst nehmen. Denn wir brauchen Menschen, die Selbständigkeit und Eigenverantwortung leben und auch im wie immer gearteten Berufsleben praktizieren wollen. Und wir sollten deshalb auch begreifen, dass beispielsweise die Zeitarbeit gerade in qualifizierten Jobs, für die sie wichtiger wird, kein Instrument einer unternehmerischen Klassengesellschaft ist, sondern eine auch und gerade von jungen Arbeitnehmern gewünschte Möglichkeit flexibler Berufsausübung zum beiderseitigen Vorteil.

Ja, die Missbrauchsvorwürfe sind schnell zur Hand, und in unserer Mediengesellschaft werden sie auch rasch verallgemeinernd verbreitet. Aber ich glaube nicht, dass die Arbeitnehmerüberlassung von Ärzten oder von Ingenieuren, Technikern oder Informatikern dazu taugt, die alten Klassengegensätze aus den Zeiten der ersten industriellen Revolution wieder auszumotten. Und es erscheint mir auch unangebracht, solche Tendenzen mit dem Hinweis auf ein paar schwarze Schafe als eine Entwicklung hin zu neuen „Scheinselbständigkeiten“ abqualifizieren zu wollen. Ebenso wie es unangebracht ist, die absolut unverzichtbare Werkvertragspraxis in der deutschen Wirtschaft wegen einiger Fehlentwicklungen in bestimmten Branchen wieder für alle enger regulieren und damit bürokratisieren zu wollen.

Eine „Agenda 2020“ für die aktuellen Herausforderungen

Das hatten wir alles schon – und es droht jetzt zurückzukehren –, es sei denn, die abnehmende Wirtschaftskraft fördert die Einsicht und zwingt, auf weitere Bremsmanöver zu verzichten. Bemerkungen von Kanzlerin und Vizekanzler könnte man in diesem Sinne deuten. Ein Strategiewechsel freilich,

der Orientierung für dieses Jahrzehnt gäbe, sähe anders aus. Doch wir geben die Hoffnung auf eine „Agenda 2020“ – oder nennen wir es „Chance 2020“ – nicht auf!

Es ist im Sinne eines Landes wie des unseren, das der Sozialen Marktwirtschaft und damit auch dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, sich jederzeit seiner Zukunftsfähigkeit zu vergewissern und sich deshalb rechtzeitig, offen und für alle Bürger nachvollziehbar den großen Herausforderungen zu stellen, denen wir uns gegenüber sehen. Das sind – neben den derzeit besonders herausragenden Herausforderungen im Bereich deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik – in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik namentlich der demographische Wandel sowie die schon begonnene Digitalisierung nahezu all unserer Lebens- und Arbeitswelten.

Auf die grundstürzenden Veränderungen, die damit verbunden sind und – noch mehr – sein werden, gilt es, sich heute einzustellen. Die Große Koalition hat dazu die Weichen bisher nicht gestellt. Es gibt zwar diverse Äußerungen zu jenen Themen, aber kaum konkrete Taten und schon gar keine grundlegende Orientierung. Diese Koalition hat im ersten Jahr ihrer Existenz mehr von der Substanz gezehrt statt auf die Zukunft eingezahlt. Doch wer Bewahrenswertes in unserem Land bewahren will, der muss rechtzeitig bereit sein, vieles zu ändern!

Öffentliche Debatten und Vernunft statt Ideologie und Tabus

Das ist auch der Grund für mein Engagement im Kuratorium der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Ich vermute, viele von uns spüren: Die Teilnahme an den Angelegenheiten der res publica ist in unserem Land Not leidend geworden. Darüber können Versuche von professionell gesteuerten Protestgruppen und -organisationen nicht hinwegtäuschen – im Gegenteil: Sie zeugen erst recht für den Befund. Diese Kräfte trachten danach, die Öffentlichkeit für ihre zumeist ideologischen Standpunkte buchstäblich zu okkupieren und entgegengesetzte Meinungen zu tabuisieren.

Dafür gibt es viele Beispiele: Aktuell sind es die manchmal ans Groteske grenzenden Versuche solcher Gruppen wie Attac, das hoffentlich trotz alledem zustande kommende transatlantische Freihandelsabkommen zu verhindern. Dafür sind ihnen abwegigste Behauptungen nicht dumm genug, wobei fast noch mehr erstaunt, wie lange und wie weit sich demgegenüber „die Politik“ zurückhält. Der Umgang mit dem Thema „Fracking“ ist aus meiner Sicht ein weiteres der aktuellen Beispiele dafür, wie „die Politik“ eine von solchen Protestorganisationen – in diesem Fall könnte ich den Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) oder sogar das Bundesumweltamt nennen – gemanagte veröffentlichte Meinung für das Ganze nimmt und sich nur allzu gern einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung hingibt, statt auf dem Kern der

Dinge und eine vernunftgemäße Diskussion zu bestehen. Ausnahmen bestätigen hier wie dort natürlich die Regel.

Uns allen muss deshalb mehr denn je daran gelegen sein, die allgemeine Öffentlichkeit und erst recht Wirtschaft und Wissenschaft für den öffentlichen Disput und in diesen Disput zurückzugewinnen. Das gilt insbesondere für die Wissenschaft, die auf manchen Feldern – man nehme nur die grüne Genforschung – vor den öffentlich inszenierten Gefühlsaufwallungen schon weitestgehend resigniert hat. Das dürfen wir nicht zulassen. Dem will unsere Initiative entgegenwirken. Denn die Soziale Marktwirtschaft verlangt Transparenz und offenen, unverstellten Meinungs Austausch, Öffentlichkeit und Akzeptanz – sie braucht öffentliche Akzeptanz. Und unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung bleibt nur mit ihr kraftvoll, lebendig und der Zukunft zugewandt!

Wirtschaftspolitische Reformen als „Staatskunst“

Prof. Dr. Werner Plumpe

Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Wirtschaftspolitik ist im Kern ‚Politik‘ – ‚Staatskunst‘ hätte man früher gesagt –, und insofern ist sie von politischen Mehrheiten abhängig. Doch sind diese nur Rahmenbedingungen, keine inhaltlichen Bestimmungen. Wahlergebnisse sind eben keine sinnvolle Referenz für wirtschaftspolitisches Handeln, sondern nur dessen Voraussetzung.

„Nach eingetretenem Frieden hat Uns die Vorsorge für den gesunkenen Wohlstand unserer getreuen Unterthanen, dessen baldigste Wiederherstellung und möglichste Erhöhung vor Allem beschäftigt. Wir haben hierbei erwogen, daß es, bei der allgemeinen Not, die Uns zu Gebote stehenden Mittel übersteige, jedem Einzelnen Hilfe zu verschaffen, ohne den Zweck erfüllen zu können, und daß es eben sowohl den unerläßlichen Forderungen der Gerechtigkeit, als den Grundsätzen einer wohlgeordneten Staatswirthschaft gemäß sey, Alles zu entfernen, was den Einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maaß seiner Kräfte zu erreichen fähig war.“

Diese bemerkenswerten Sätze fielen 1807 – sie leiten das berühmte Oktoberedikt des preußischen Königs *Friedrich Wilhelm III.* ein, mit dem dieser die Erbuntertänigkeit in seinen Landen aufhob und zugleich die Verfügung über Land endgültig „privatisierte“. Die bislang maßgeblichen Formen gebundenen Eigentums wurden weitgehend beseitigt, die auf dem Land liegenden Verpflichtungen in den kommenden Jahren durch Geldleistungen oder Bodenabgaben abgelöst.

Die preußische Regierung unter Staatskanzler *Karl August von Hardenberg* beließ es nicht bei der Aufhebung der Erbuntertänigkeit; zugleich wurde die Gewerbefreiheit verkündet und mit der *Steinschen* Städtereform ein bis heute

funktionierendes Modell kommunaler Selbstverwaltung etabliert. Künftig war es in Preußen nicht mehr möglich, Eigentumsrechte an einem Menschen zu haben; dafür aber konnte man fürderhin mit Grund und Boden tun, was man wollte, sofern man die Gesetze respektierte. Auch konnte man jetzt nach eigenem Gutdünken ein Gewerbe betreiben. Weder bedurfte es staatlicher Erlaubnis noch lief ein Adelige länger Gefahr, seine Ständerechte zu verlieren, wenn er einem bürgerlichen Broterwerb nachging. Und die Bürger verwalteten sich selbst. Zwar war die Staatsverfassung weit davon entfernt, nach unseren heutigen Maßstäben demokratisch zu sein, aber Preußen wurde ein funktionierender Rechtsstaat und das Bürgertum zumindest in der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Zwecke frei.

Die *Stein-Hardenbergschen* Reformen nach der Niederlage Preußens gegen *Napoleon* gelten bis heute als gelungene Anpassung staatlicher Strukturen nicht nur an die Zwänge einer Nachkriegssituation, sondern als Beispiel staatlicher Modernisierung schlechthin. Dem preußischen Staat, äußerer Machtmittel weitgehend beraubt, sei gar nichts anderes übrig geblieben, der König sagte es ja selbst, als auf die Selbsttätigkeit der Bürger zu setzen; man sei also mehr der Not als einem klaren Gestaltungswillen gefolgt, betonte die Geschichtswissenschaft lange und ließ nicht nur unterschwellig Kritik spüren an der vermeintlichen Halbherzigkeit der preußischen Reformen. Eigentümlich fasziniert von der anti-aristokratischen Gewaltorgie, die sich nach 1789 im westlichen Nachbarland abgespielt hatte, machten die Reformen einer Geschichtsschreibung, die in Deutschland eine Revolution schmerzlich vermisste, offensichtlich zu wenig her. Nur entscheiden nicht die Motive der Politiker und auch nicht die späteren Urteile von Historikern, die ohnehin stets mit der Zeit gehen, über den Erfolg politischer Maßnahmen; ginge es danach, dürfte es Fehl- oder Rückschläge nie gegeben haben, ja wäre die Französische Revolution auch in ihren gesellschaftlichen Folgen ein Erfolg gewesen.

Wie die Motive der beteiligten preußischen Staatspolitiker auch gewesen sein mögen: Der Erfolg jedenfalls gibt ihnen recht. Das Bemerkenswerte an den Preußischen Reformen ist ja auch nicht das kurzfristige Ziel einer angemessenen Reaktion auf die Existenzkrise des Staates nach der Niederlage von Jena und Auerstädt, sondern vielmehr die hierdurch ausgelöste langfristige Transformation von Staat und Wirtschaft sowie die Verankerung bestimmter, konstituierender Regeln für staatliches Handeln. Und das geschah keineswegs zufällig. Die Universität Königsberg – der preußische Hof war vor *Napoleon* von Potsdam/Berlin in die ostpreußischen Städte Königsberg und Memel ausgewichen – galt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts als Einfallstor der Ideen von *Adam Smith*. Hier erschien eine der ersten Smith-Übertragungen ins Deutsche, die die preußische Reformbürokratie, wie *Reinhard Koselleck* vor langer Zeit bereits betonte, nicht unwesentlich beeinflusst hat.

Liberale Reformen durch aufgeklärte Beamte

Die ältere Tradition eines eudämonischen, merkantilistischen Staatshandelns war eben nicht allein durch ihre Misserfolge und Widersprüche delegitimiert; sie überzeugte schlicht nicht mehr, da die Vorstellung staatlicher Präpotenz in Fragen des ökonomischen Alltagshandelns nach *Smith* schlicht unvernünftig war. Die Vorstellung, der Staat wisse besser, was dem Bürger wirtschaftlich fromme, als dieser selbst, fand *Smith* dabei weniger lächerlich als gefährlich. Es waren in diesem Sinne aufgeklärte Beamte, die hinter den preußischen Reformen standen. Es ging ihnen auch keineswegs um irgendein ideologisch fixiertes liberales Programm; es war ihnen schlicht darum zu tun, den Bürgern das Recht zu geben, nach ihren eigenen Vorstellungen zu handeln und dadurch zugleich in wirtschaftlicher Hinsicht den Regeln der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Denn genau hiergegen verstieß ein durch Herkunft und Sitte bestenfalls camoufliertes Privilegienregime, dessen Institutionen nicht einmal mehr denen wirklich nützten, die sie zu schützen vorgaben. Die Französische Revolution war dabei das Menetekel: Sollte es nicht gelingen, Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu reformieren, drohte der Umsturz.

Denn Frankreich war keineswegs ein Land, in dem es vor der Revolution keine klugen Reformversuche gegeben hatte – im Gegenteil. Nur waren die führenden Köpfe dieser Reformen, vor allem *Anne Robert Jacques Turgot*, letztlich am Status quo gescheitert, an den beharrenden Kräften, die aus den gegebenen Verhältnissen noch Vorteil zogen, obwohl der schwierige Zustand von Wirtschaft und Finanzen in Frankreich offensichtlich war. Das Buch von *Alexis de Tocqueville* über den alten Staat und die Revolution ist bis in unsere Tage ein Lehrbuch darüber, was passiert, wenn Reformen verweigert werden oder halbherzig bleiben, wenn der Status quo sich trotz aller Kritik weiter durchsetzt, vielleicht und gerade auch deshalb, weil man sich nicht vorstellen kann, dass Alternativen möglich sind. Und das französische Beispiel zeigt: Ausgebliebene Reformen können zum Ausbruch von Revolutionen beitragen. Doch sind Revolutionen keineswegs sprunghaft nachgeholte Reformen. Sie haben ein zerstörerisches Potenzial, das weit über das hinausgeht, was Reformen beabsichtigten, die von den Revolutionären auch zumeist als eben halbherzig verlacht werden. Man lese nur *Edmund Burkes* englische Sicht auf den revolutionären Gang der Dinge südlich des Kanals, die eben keineswegs den Regeln wirtschaftlicher Vernunft folgten.

In dieser Hinsicht waren die Bedingungen für die preußischen Reformen besser, da die alte friderizianische Welt von Verwaltung und Militär, die letztlich nur noch vom Ruhm der Taten *Friedrichs des Großen* gelebt hatte, mit der Niederlage gegen *Napoleon* ihre Stimme verlor. Zumindest insofern profitierte man in Preußen von den Folgen der Revolution. Der Einflussverlust der herkömmlichen Adelsposition in Preußen sollte zwar nicht ewig, aber lang genug dauern, um entscheidende Änderungen in der Wirtschaftsverfassung durchzusetzen. Das Schicksal des *Friedrich August Ludwig von der Marwitz*, eines der Anführer

der landständischen Adelsopposition gegen die Aufhebung des alten Rechts in Preußen, ist bezeichnend. 1811 ließ ihn der preußische Kanzler von *Hardenberg* zusammen mit weiteren „Frondeuren“ kurzerhand in der Spandauer Zitadelle festsetzen. *Marwitz*, der lieber ehrenhaft als untertänig war, ein Liebling *Theodor Fontanes* nebenher, kam nach Intervention des Kronprinzen, des späteren Königs *Friedrich-Wilhelm IV.*, bald wieder frei.

Doch änderten alle Verzögerungsversuche und alle Verhandlungserfolge der Adelsopposition in der späteren Regulierungsgesetzgebung nicht, dass sich in Preußen seit 1807/11 als Folge der Reformen eine „institutionelle Revolution“ vollzog, wie *Clemens Wischermann* und *Anne Nieberding* das ausgedrückt haben, von der zumindest bis 1914 die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik geprägt blieb. Es entstand eine liberale, bürgerliche Marktgesellschaft, gestützt auf einen starken, normsetzenden Staat, der sich gerade in der Krise durch seine Reformbereitschaft neu erfand. Dieses Selbstverständnis, auch eine Folge der von der Reformbürokratie beabsichtigten Verbindung der Ideen von *Adam Smith* und *Georg Friedrich Wilhelm Hegel*, wenn man so will, bestimmte den Rahmen einer wirtschaftspolitischen Pragmatik, die sich auch weiterhin als überaus reformfähig erwies. Es ging geradezu in das Selbstverständnis des preußischen Staates über, letztlich aus konservativen Motiven heraus zum permanenten Reformzentrum zu werden, sicher auch, um Revolutionen wie die in Frankreich zu vermeiden.

Maßstab des Handelns blieb dabei stets die wirtschaftliche Vernunft, sicher stets nach den Kriterien der Zeit verstanden, doch welche andere hätte man wählen können. Die liberale Zollpolitik, die Bestimmungen des Zollvereins, das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund und schließlich die lange Weigerung, ein umfassendes Patentrecht zu erlassen, sind nur in dieser Tradition zu begreifen. Noch die *Bismarcksche* Sozialpolitik, der man zu Unrecht viel von dem ankreidet, was erst *Bismarcks* Nachfolger zu verantworten haben, hatte Elemente dieser Tradition. Doch ließ spätestens im Kaiserreich die Reformdynamik nach, die es nebenher im Bereich der politischen Verfassung nicht gab.

Erfolgreiche Reformprojekte und ihre Voraussetzungen

Wann kommt es also zu und wann gelingen Reformen? Diese durchaus aktuelle Frage kann mit Hinweisen auf das späte 18. und das frühe 19. Jahrhundert nicht einfach als beantwortet gelten, aber Hinweise gibt es schon. Offenkundig ist es hilfreich, wenn die am Status quo interessierten Kräfte delegitimiert und zumindest teilweise entmachtet sind. Offensichtlich ist es zweitens hilfreich, wenn die Reformprojekte von einer klaren Kritik der bisherigen Strukturen ausgehen, also nicht „irgendwie“ „die“ Gesellschaft verändern wollen, die zukünftigen Entwicklungen aber pragmatisch sehen, die Reformen mithin nicht, wie man heute sagt, ideologisch überhöhen. Und drittens scheint zumindest

für das 19. Jahrhundert der Tatbestand evident zu sein, dass jene staatliche Reformen erfolgreich waren, die auf die Etablierung einfacher, klarer und liberaler Handlungsregeln zielten, nicht aber dieses Handeln materiell selbst (in der Regel durch großen Aufwand) zu beeinflussen suchten. Insofern waren erfolgreiche Reformen durchweg preiswert zu haben; ja überhaupt war der Staatsaufwand im 19. Jahrhundert niedrig – im Übrigen nicht nur in Deutschland, wo die entsprechende Ziffer (Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt, BIP) je nach Schätzung zwischen 14 und 16 Prozent liegt. Großbritannien hatte vor 1914 eine noch geringere Staatsquote, von den USA ganz zu schweigen.

Das 20. Jahrhundert kannte viele große Reformprojekte (hier allein für Deutschland betrachtet): nach 1918, nach 1948, noch einmal 1969 und schließlich auch die mit dem Namen *Peter Hartz* verknüpften Gesetze der Jahre 2003 bis 2005. Das Schicksal dieser Projekte ist bemerkenswert. Erfolgreich waren im Grunde nur die Reformen *Erhards* und der rot-grünen Bundesregierung, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Blick auf *Ludwig Erhard* ist hier und heute vielleicht nicht fehl am Platze. *Erhards* Reformen begannen mit einer monetären Kompletententeignung der Bevölkerung, der Währungsreform vom Juni 1948. Der revolutionäre Akt *Erhards* war allerdings nicht die Währungsreform selbst, die hatte die US-Besatzungsmacht konzipiert und zu verantworten, sondern die Nutzung der Chance, mit der Tradition der politischen Wirtschaftssteuerung radikal brechen zu können, und das, obwohl die Mehrzahl der Auguren schon aus Kriegsfolgenbewältigungsgründen glaubte, unbedingt an der staatlich gelenkten Wirtschaft festhalten zu müssen. *Erhard* scherte das alles nicht, und er nutzte die Gunst der Stunde, in der er gestützt auf die Autorität der Besatzungsmächte geradezu einen Überraschungscoup landen konnte – mit dem er wider alle Erwartung erfolgreich war.

Von Ludwig Erhard zur Politik der Gesellschaftsgestaltung

Betrachtet man *Erhards* Weichenstellungen näher, erkennt man in ihnen wieder diese Mischung aus unmittelbarer Problemlösung und mittel- bis langfristigem Konzept. Was dabei lange übersehen wurde, obwohl *Erhard* eigentlich erst in dieser Perspektive verständlich wird, ist die Ähnlichkeit zu den zuvor geschilderten Reformprojekten. Im Grunde kehrte *Erhard* in das liberale 19. Jahrhundert zurück, wenn jetzt auch mit besseren theoretischen Argumenten, die er aus der Freiburger Schule erhielt: Der Staat garantiert die Ordnung und hält sich aus dem wirtschaftlichen Alltag aber heraus.

Ganz so neu war das freilich nicht; schon der Wirtschaftshistoriker, Smith-Komentator und Goethe-Freund *Friedrich Georg Sartorius* hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts gewarnt, dass die Marktteilnehmer durchaus nicht an funktionierenden Märkten, sondern an ihren eigenen Vorteilen orientiert seien. *Erhards* Konzept funktionierte, und vor allem: Es war preiswert, zumindest für den Staat. Die Reformen 1948/49 kosteten nicht nur kein Geld, sie sparten

sogar zahlreiche Bürokratieausgaben einfach ein. Entsprechend war der Staatsanteil am BIP in den 1950er Jahren zwar höher als vor 1914, aber er nahm nicht zu. Und auch die mit der Währungsreform verbundene Entschuldung des Staates bescherte ihm zwei Jahrzehnte weitgehend schuldenfreier Existenz.

Erhard lag an der Freisetzung des ökonomischen Potenzials; er betrieb keine Gesellschaftsreform oder ein explizites Programm zur Besserung der Menschheit. So etwas wollte erst die sozialliberale Koalition unter *Willy Brandt*, die freilich eine funktionierende Wirtschaft als gegeben unterstellte, deren Belastbarkeit es vielmehr zu testen galt. Es war nebenher einer der großen Irrtümer der 1960er Jahre, zu glauben, die Wirtschaft sei auf einem stabilen Weg, der letztlich dahin führte, dass selbst die Unterschiede zwischen großen Systemen technokratisch eingeebnet würden.

Diese Geringschätzung der Bedingungen des wirtschaftlichen Erfolges sollte Folgen haben. Denn die Kräfte, die man so entfesselte, waren kaum zu bändigen. Das sich zuzutrauen, war der große Irrtum des *Karl Schiller*. Seine Konzertierte Aktion scheiterte. Stattdessen liefen der sozialliberalen „Verschuldungskonkordanz“, wie es der Kölner Historiker *Hans-Peter Ullmann* nennt, die Ausgaben aus dem Ruder. Die regulären Einnahmen des Staates reichten, trotz ihres fortlaufenden Anstieges, nicht mehr aus, um das ambitionierte Reformprogramm zu finanzieren. Die Staatsschulden, zu Anfang bewusst in Kauf genommen, nahmen deutlich zu; die wirtschaftlich schwierigen 1970er Jahre taten das Ihre dazu, dass sich bald Nüchternheit breit machte: Offensichtlich war die Wirtschaft doch nicht so belastbar, wie *Jochen Steffen* geglaubt hatte.

Aber die einmal gerufenen Geister wurde man in Form dauerhafter Zahlungsverpflichtungen nicht mehr los, auch wenn die Regierung *Helmut Kohl*, die bemerkenswerter Weise trotz großer Ankündigungen einer „geistig-moralischen Wende“ und einiger Privatisierungen kein wirkliches Reformprojekt zustande brachte, das alles mehr schlecht als recht zu deckeln versuchte. Spätestens mit der Wiedervereinigung setzte die Politik der Gesellschaftsgestaltung durch Staatsverschuldung erneut ein. Da das alles den Status quo nicht zu gefährden schien, im Gegenteil die Regierung sogar im Amt hielt, schien es kein Problem zu geben: „Die Rente ist sicher“, sagte *Norbert Blüm*. Wirtschaftlich vernünftig war das nicht, und das war auch den meisten Beobachtern klar.

In dieser Hinsicht war die Regierung *Gerhard Schröder* aus anderem Holz geschnitzt. Sie brachte das Kunststück einer an den Regeln wirtschaftlicher Vernunft orientierten Arbeitsmarktreform zustande, obwohl ein Weitermachen wie bisher politisch wahrscheinlich ratsamer gewesen wäre. Erstaunlich ist die Reformpolitik der Regierung *Schröder* eben genau darum: Ihr standen – im Gegensatz zu den Nachkriegsreformen nach 1807 und 1948, die auch der Not der Stunde gehorchten – viel bequemere Alternativen offen. Aber die Regierung *Schröder* war offensichtlich bereit, den Preis für harte Reformen zu bezahlen, die

nicht auf Wohltaten, sondern auf klare Regeln setzen. Das gibt insofern Anlass zur Hoffnung: Es bedarf offensichtlich nicht erst verlorener Kriege, um durchgreifende, an der wirtschaftlichen Vernunft orientierte Reformen zu ermöglichen.

Vernunft als Basis der Wirtschaftspolitik

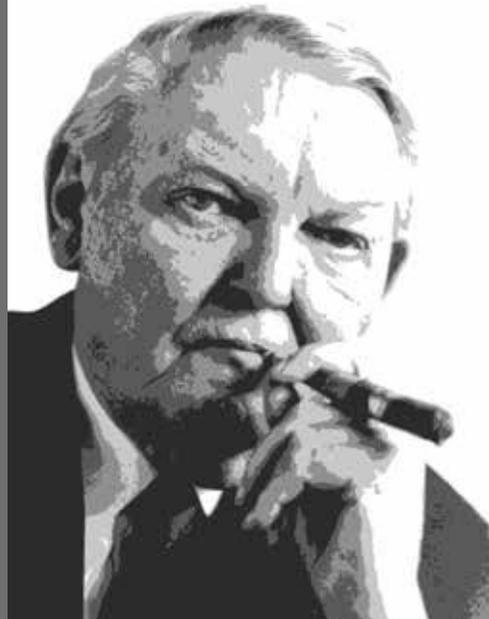
Nun mag man einwenden, dass auch das Beschwören der „wirtschaftlichen Vernunft“ ideologisch sei, dass eine derartige Erhebung der Vernunft in der Paradoxie ende, dass es ja keineswegs immer vernünftig sein müsse, vernünftig zu handeln. Schließlich würden die dümmsten Bauern die dicksten Kartoffeln ernten. Das ist alles richtig: Aus der „Vernunft“ ein umfassendes Programm zu machen, wie es die Aufklärung tat, endet in der Romantik. Aber worum es hier geht, ist im Grunde viel einfacher. Ökonomie ist im Kern immer Problemlösung – sie hat in ihrer materiellen Performanz eine unhintergehbare praktische Referenz, die zu berücksichtigen und von der auszugehen eben die Vernunft ökonomischen Handelns bestimmt. Das ist nicht immer einfach und schon gar nicht immer eindeutig.

Wirtschaftspolitik ist im Kern „Politik“ – „Staatskunst“ hätte man früher gesagt – und insofern ist sie von politischen Mehrheiten abhängig. Doch sind diese nur Rahmenbedingungen, keine inhaltlichen Bestimmungen. Wahlergebnisse sind eben keine sinnvolle Referenz für wirtschaftspolitisches Handeln, sondern nur dessen Voraussetzung. Man kann es auch so formulieren: Reformprojekte, welche mit Blick auf andere Zwecke die Ökonomie entweder unterschätzen nach dem Motto: „Das läuft schon“, oder sie überschätzen, indem sie der Wirtschaft eine zu bändige, ja geradezu dämonische Bedeutung beimessen, scheitern zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn das eine führt zu Nachlässigkeit, das andere zu ideologischem Reformeifer – beides keine klugen Ratgeber einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Und beides ist sehr teuer! Die Ergebnisse der wirtschaftshistorischen Forschung sind in dieser Hinsicht ganz eindeutig, beziehen sich freilich auf die Vergangenheit. Rezepte für die Gegenwart liefern sie nicht, können aber die Sensibilität für die Horizonte des Möglichen und des Sinnvollen schärfen und insofern vielleicht vor Irrtümern schützen.

Wenn meine publizistischen Texte, die sich ja stets an der keineswegs einfachen, und vor allem nicht eindeutigen Bruchkante von Wissenschaft und Zeitdiagnostik bewegen, zu einer derartigen Sensibilisierung beitragen, wäre ihr Zweck erreicht. Insofern sehe ich in dem Preis, der mir heute verliehen wird, eine Ermutigung, mit der ich gar nicht gerechnet hatte. Mein Dank ist deshalb nicht geringer, der Dank an die Stiftung und insbesondere an die Jury, meinen Arbeiten eine so große Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, aber auch der Dank an die Leser und die Öffentlichkeit, deren zumeist wohlwollendes Interesse an der Wirtschaftsgeschichte im weiteren Sinne dies alles erst möglich gemacht hat. Ihnen allen gelten mein Dank und meine Verbundenheit!

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2015

Einsendeschluss: 1. Februar 2015
Beiträge und Vorschläge bitte an:
Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8, 53113 Bonn
Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de



Die Ludwig-Erhard-Stiftung vergibt alljährlich den von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Zusammen mit dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5000 Euro.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2014 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2015 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Roland Tichy

Ulrich Blum • Ursula Heinen-Esser

Oswald Metzger • Alexander Tesche



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

- **Die „schwarze Null“**
Haushaltsdisziplin oder Spar-Mythos?
- **Ludwig Erhard**
im Dritten Reich
- **Weltkonjunktur**
Analyse und Ausblick
- **Europäische Geldpolitik**
Über Deflation und Niedrigzinsen
- **Ludwig-Erhard-Preis**
für Wirtschaftspublizistik 2014

